

## Präsident Obama testet neue Optionen: **Zuckerwatte aus Washington für Kuba**

Kuba macht im Jahr 2009 noch immer Weltpolitik. Das ist erstaunlich. Ist doch der Kalte Krieg schon seit zwanzig Jahren Geschichte. Gemäss der weltpolitischen Logik müsste Kuba die Bedeutung einer normalen karibischen Insel haben, wo Europäer, Kanadier und neuestens auch Russen ihre Bäuche bräunen. Wenn nur die Achse Washington-Havanna nicht wäre. Beide Länder, die USA und Kuba, kultivieren seit 1962 ihre neurotische Beziehung. Die US-Wirtschafts- und Handelsblockade hat versagt. Die Familie Castro hat zehn US-Präsidenten überlebt, und der 82 Jahre alte Fidel Castro wird, wann immer es die Biologie vorgibt, still und leise in einem Bett in Havanna sterben.

Präsident Barack Obama speditiert zurzeit ein paar Wattebäusche nach Kuba. Familienbesuche, mehr Agrarimporte, mehr Geldtransfers der kubanischen Exilgemeinde für ihre Familienangehörigen in Kuba, bessere Telekommunikationsverbindungen zwischen Kuba und den USA. Das tönt gut, ist aber weitgehend heisse Luft. Keiner der jetzt von der Obama-Administration lancierten Wohltaten entspringen einer bilateralen Verhandlung. Der amerikanische Präsident hat schlicht ein Wahlversprechen wahr gemacht und ein paar Versuchsballons nach Richtung Havanna losgeschickt.

Untergegangen im Getöse der Weltpolitik ist in den vergangenen Monaten, dass zwei ganz Grosse, Russland und die Volksrepublik China, ihre Allianzen mit Kuba neu verschnürt haben.

Der russische Präsident Dimitri Medwedew hat Kuba im November 2008 einen Besuch abgestattet und Raul Castro einiges versprochen. Kuba ist auch nach dem Ende des Kalten Krieges ein schöner Ort, um ein strategisches Plätzchen vor der Nase des Imperiums neu aufzuhübschen. Der ideologische Ballast zwischen Moskau und Havanna ist weg. Jetzt pflegen Russland und Kuba handfeste Beziehungen, die nur eingegangen werden, wenn sie beiden nützen. Das gleiche gilt für die Volksrepublik China.

Auch Präsident Hu Jintao mache Raul Castro im November 2008 seine Aufwartung, Monate bevor die neue amerikanische Administration jetzt ihre lahmen Zugeständnisse an das kommunistische Regime in Havanna gemacht hat. Was will die Volksrepublik in Kuba? Das gleiche wie Russland. Nahe dran sein beim Imperium. Das lässt sich alles mit ein paar Krediten, wissenschaftlichem Austausch, Tourismus, mit Nahrungslieferungen und Studentenaustausch-Programmen bewerkstelligen.

Wie schwach Präsident Obama in der Kubafrage ist, zeigen die jetzt gemachten Zugeständnisse. Noch dürfen amerikanische Staatsbürger

aufgrund der Blockade und des Helms-Burton-Gesetzes nicht nach Kuba reisen, eine unwürdige Regelung für die Bürger der Supermacht. Sie verletzt die Grundrechte jedes einzelnen Amerikaners. Wenn das neue Tauwetter dauert, werden in den kommenden zwölf Monaten 120 000 Exil-KubanerInnen die Insel besuchen, anstatt 60'000 wie bisher. Rasch werden sich die Geldüberweisungen vervielfachen, die jetzt pro Jahr rund eine Milliarde US-Dollar ausmachen. Die exil-kubanische Gemeinde wird rasch zur grössten informalen Investor aufsteigen in Kuba. Mit entsprechenden Folgen für das kubanische Sozialgefüge. Entweder man hat Fe (familia en el extranjero) oder nicht. Hat man keine, hängt man weiterhin am Tropf des kubanischen Rationierungssystems, das nicht existenzsichernd ist. Hat man Familie im Ausland, gehört man zur privilegierten Schicht, die sich am Wohlstandsgerümpel und an besseren Nahrungsmitteln, die in Kuba durchaus vorhanden sind, bedienen kann.

Gespannt darf man sein, was Kuba mit den neuen Avancen aus Washington anfangen wird. Kuba braucht die USA zum politischen und wirtschaftlichen Leben überhaupt nicht mehr. Das Embargo ist ein trojanisches Pferd. Längst haben sich die amerikanischen Farmer arrangiert und Wege gefunden, wie man Kuba auf Cashbasis und neu sogar auf Kredit, Nahrungsmittel liefern kann. Die Telekommunikation ist längst von Firmen aus Italien und aus Spanien besetzt.

Politisch ist Kuba solide in eine Links-Phalanx (Venezuela, Bolivien, Brasilien, Ekuador, Nikaragua) eingebunden. Kuba ist nicht scharf, wieder in die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) einzutreten. Die OAS hat aufgrund ihres wankelmütigen Handelns keinen guten Leistungsausweis und an Bedeutung verloren. Kuba hat mit allen Staaten des Subkontinents, ausser mit El Salvador, diplomatische Beziehung. Und auch San Salvador wird das Manko nächstens ausbessern.

Weh tut der Familie Castro, dass Kuba am Lateinamerika-Gipfel in Trinidad-Tobago (17. – 19.4. 2009) nicht dabei ist. Interessant wird sein, ob die lateinamerikanischen Staatschefs die Hände aus den Hosentaschen nehmen und Präsident Obama respektvoll kommunizieren, dass sich die Supermacht mit ihrem Handelsembargo gegen Kuba eher lächerlich macht denn Stärke und Macht demonstriert.

Viel wird sich nach dem Gipfeltreffen für Kuba nicht ändern. Die Familie Castro wird in Kuba Hausmeister bleiben. Die Lust, im Kuhhandel um das Handelsembargo grosse Zugeständnisse zu machen, ist in Havanna klein. Niemand weiss besser als Raul und Fidel Castro, dass sich das kubanische System von innen nicht renovieren lässt. Rüttelt man an einzelnen Pfeilern des maroden Systems, implodiert das Ganze. Kuba hat informell durchblicken lassen, dass man gewillt wäre, politische Gefangene und Dissidenten frei zu lassen, wenn die USA fünf der Spionage angeklagte und inhaftierte kubanische Staatsbürger austauschen würde. Ein unwürdiger Handel, auf den die USA kaum eintreten dürfte.

Wenn das Handelsembargo fallen sollte, sind gröbere Rochaden im bilateralen Verhältnis fällig. Beide Länder versuchen, aus dem letzten und vermoderten Redukt des Kalten Krieges das Maximum herauszuholen. Wie wäre eine Verhandlung über die Enklave Guantanamo, wo die USA seit Jahren Al Kaida-Häftlinge festhält? Wenn Präsident Obama in die Geschichte eingehen will, gibt er Guantanamo an Kuba zurück. Und um die Geschichte geht es schliesslich. Fidel Castro glaubt bis heute, die Geschichte werde ihn entlasten, für seinen fünfzig Jahre langen Eiertanz um Kuba. Die Geschichte kann warten, aber die Menschen in Kuba brauchen jetzt Lösungen für eine unhaltbare Lage.

Erwin Dettling